

Die Fallwerk-Saga – eine Schande für Stadt und Land!

Ein erneut erschreckend menschenverachtender Auftritt der Düsseldorfer Aufsichtsbehörde zur Vielfach-Problematik des Fallwerks Weseler Straße! Und die Stadt Mülheim schweigt und erklärt sich für nicht zuständig – im eigenen Stadtgebiet!

**„Auch wenn € und Weltreiche untergehen, Hauptsache das Fallwerk bleibt dort stehen!“
(sinngemäß anscheinend die Denkungart des RP Düsseldorf und bestimmter Mülheimer Behörden)**

Am Donnerstag, dem 14.6.12, war Umweltausschuss der Stadt Mülheim mit Hauptthema Fallwerk Jost fast 2 Stunden lang. Vorab die erfreuliche Nachricht: Der MBI-Antrag (s.u.), neuerlich notwendige Genehmigungsverfahren für die bedenklichen Aktivitäten auf dem Gelände endlich mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen, wurde einstimmig vom Ausschuss beschlossen. Ob der Beschluss auch umgesetzt werden wird, ist aber zu bezweifeln, denn letztendlich wird das vom RP als Aufsichtsbehörde entschieden und deren stark einseitige Haltung zu Gunsten des Mehrfach-Skandalwerks als Dauerproblem wurde im Ausschuss erneut deutlich demonstriert.

Zur Problematik waren endlich „großzügigerweise“ auch 2 RP-Vertreter erschienen, die auf Beschluss des Umweltausschusses bekanntlich bereits zum 1. Dez. hätten kommen sollen, aber damals kurzfristig kniffen. Sie erschienen für die nächsten beiden Sitzungen ebenfalls nicht mit wechselnden Ausreden. Dabei hatten sie mit dem/den Fallwerk-Betreiber/n zum Okt. 2011 einen Vertrag gemacht, viele Monate überfällig, und diesen damit nicht nur das Weitermachen ermöglicht, sondern sogar noch eine Erweiterung der stark störenden und umweltschädlichen Aktivitäten in Aussicht gestellt. Damit waren dann auch alle Verlagerungsgespräche mit dem von der Firma Harbecke angebotenen Grundstückstausch beendet. Schlimm für Mülheim und noch schlimmer für die seit langem arg gestressten und hingehaltenen Anwohner.

Die quasi-hochherrschaftlichen und arroganten Umgangsformen der Düsseldorfer Behörde gegenüber den Anwohnern und dem Umweltausschuss sind zwar ärgerlich oder gar ungehörig, aber nichts im Vergleich zu der Art und Weise, wie die Behörde mit den Beschwerden und enormen Belastungen von Mensch und Umwelt umgeht.

Was die demokratiefeerne Mittelbehörde des RP aus Düsseldorf (mit dem neuerlichen Titel „Bezirksregierung“, also die ungewählte eigentliche „Regierung“ abseits der Demokratie?) dann am Do. im Ausschuss präsentierte, war ein erschreckendes Maß an Menschenverachtung! Aus ihrer Sicht alles kein Problem, alles erlaubt und weitermachen wie gehabt, in diesem Fall wie seit 40 Jahren. Unfassbar die Eiseskälte dieser Bürokraten gegenüber den Beschwerden und Sorgen der Menschen, aber auch der nachgewiesenen Giftstoffbelastung von Luft und Boden! Dabei ist die Vielfach-Problemlage nicht erst seit gestern augenscheinlich, größtenteils für jeden hör- sowie sichtbar und bekannt:



Höllenslärm und unzumutbare Erschütterungen u.a. durch die beiden Uralt-Falltürme, in denen sehr schwere

Eisenkugeln vorsintflutlich die Stahl- und Eisenteile zertrümmern. Daneben zerschneidet eine riesige Schrottschere unter Getöse Altstahl aus aller Herren Länder, werden die Reste unter großem Geschepper auf Waggons u.ä. verladen usw. und alles außer die beiden Falltürme unter freiem Himmel und in direkter Nachbarschaft zu den Wohngebieten von Hofacker- und Eltener Straße sowie im Trinkwasserschutzgebiet. Dass auch Luft- und Bodenbelastung wegen der freigesetzten Beschichtungen hochgradig mit Giftstoffen wie Nickel, Chrom, Blei, Cadmium oder Arsen bedenklich sind, belegen viele Messungen seit Jahren und Jahrzehnten.

Das monströse Werk blockiert zudem auf 33.000 qm an der Nahtstelle zwischen Industriegebiet Hafen und den Stadtteilen Speldorf und Broich in erheblichem Ausmaß eine stadtverträgliche Entwicklung. Oft sind z.B. die Ostblock-LKW auf der Hauptzufahrtsstraße Weseler Str. einfach nur abgestellt und behindern massiv. Dieses Fallwerk ohne Wasseranschluss ist auch der Hauptbenutzer der Hafenbahn, womit die Beseitigung der extrem störenden Unterführung Duisburger Straße zwischen Broich und Speldorf verunmöglicht wird. Das benachteiligt die zukünftige Entwicklung der noch zu bauende Fachhochschule für über 100 Mio. € an dem leider nur suboptimalen Standort Duisburger Str. neben der Fallwerksnähe zusätzlich. Auch das scheint weder die Mülheimer, noch die Landesbehörden oder die Politiker in Mülheim und Düsseldorf wirklich zu interessieren. Die MBI haben jedenfalls alles bei jeder nur möglichen Gelegenheit thematisiert, so dass keine/r sagen kann, man hätte das nicht gewusst. Dieses Werk hätte an dieser Stelle nie genehmigt werden dürfen. Die Wohngebiete waren lange vorher bereits dort, 50 oder gar 100 Jahre vorher, denn es handelt sich um einen der ältesten Teile Speldorfs. Genehmigt wurde 1958 nur 1 Fallturm (nicht 2!) und das auch nur unter der Auflage, dass (bereits damals!) ein Gutachten über die Auswirkungen erstellt werden müsse, was aber nie geschah. War also bereits die Anfangsgenehmigung außerhalb des Rechtsstaats, so setzte sich bis heute die Überdehnung von Gesetzen und Vorschriften trotz vieltausendfacher Beschwerden fort. Und die Behörden in Mülheim und Düsseldorf genehmigten dann häufig fast jede Illegalität nachträglich, beschwichtigten, rechneten alle Belastungen zugunsten des Werks teilweise haarsträubend herunter und ließen immer neue Messungen und Gutachten dafür erstellen, eine sehr teure Beschäftigungstherapie und Berge von Papier, alles mit dem Ziel, das extrem belastende Werk am ungeeigneten Standort zu belassen. Außer kosmetischen Maßnahmen geschah und geschieht seit Jahrzehnten aber nichts zum Schutz von Anwohnern oder Umwelt. Im Notfall helfen dann die Zauberworte „Bestandsschutz“ oder „wirtschaftlich nicht zumutbar“, um alles beim unzumutbaren Alten zu belassen. Einzig in den 60iger Jahren das seinerzeitige überfällige Verbot der weiteren Sprengung von schwerem Stahlschrott mit Dynamit unter freiem Himmel war eine einschneidendere Auflage.

Vor wenigen Jahren tauschte der Betreiber die Schrottschere durch eine mehr als doppelt so große wie vorher aus, ohne die dafür notwendige Genehmigung. Damit es nicht auffallen sollte, wurde das alte Typenschild auf die neue Schere angebracht. Als MBI und Anwohner diesen Unrechtstatbestand der angeblich unwissenden Behörde in Düsseldorf mitteilten, wurde die Monstrumsschere erst stillgelegt und dann nachträglich genehmigt.

So läuft das. Die „Schrottmafia“ hat eben nicht nur bei Envio in Dortmund allerbeste Beziehungen, da kommt es halt nicht so darauf an.

Ach ja, der Envio-Nachbar in Dortmund heißt RRD (Rohstoff Recycling Dortmund) und diese Schrottfirma hat seit Jahren die beiden Falltürme in Speldorf angemietet, nachdem sie in Dortmund dafür keine Genehmigung erhielt. Und beteiligt daran ist ein gewisser Mülheimer Milliardär Großmann (noch RWE-Chef) über sein Stahlimperium.

Zusammengefasst:

Es ist unfassbar und kaum nachvollziehbar, dass und warum sich bei dem extrem störenden Fallwerk Weseler Str. seit langem nichts tut und alle Lösungsansätze jedes Mal wieder von den Behörden und Bürokraten verunmöglicht werden.

Überhaupt nicht zu verstehen ist, dass die Mülheimer Stadtspitze dieses Problem nicht längst zur Chefsache gemacht und aktiv Auswege gesucht hat, zum Wohle nicht nur der Anwohner, sondern der gesamten Stadtentwicklung!

1992 beschloss der Stadtrat einstimmig die Verlagerung des Werks, nachdem auch noch

die Bodenverseuchung im Wasserschutzgebiet nicht mehr zu leugnen war. Doch nichts geschah, um den Beschluss umzusetzen, was zweifelsohne auch der Unfähigkeit bzw. Unwilligkeit der zuständigen Umwelt- und Planungsdezernentin Sander (Grüne!!!) in ihrer 16 jährigen Amtszeit zuzurechnen ist. Die Methode, die Zuständigkeit immer zwischen Stadt und wechselnden Landesbehörden, zuletzt RP, hin und her zu schieben, hat genauso wie bei Envio alles ermöglicht und jede Transparenz oder gar demokratische Kontrolle garnicht erst aufkommen lassen.

Der Schaden, den dieser massive städtebauliche Fehler der Vergangenheit bei Gesundheit und Gebäuden der Anwohner angerichtet hat, ist beträchtlich. Der städtebauliche Schaden ist sogar noch viel größer. Doch wen juckt es?

Es schaudert einen bei der Vorstellung, das oben Beschriebene solle noch um weitere Jahrzehnte verlängert werden, halt solange, wie der Betrieb seine hohen Gewinne machen kann und will, egal auf wessen Kosten, zu wessen Schaden und ob die Gesetzeslage das überhaupt noch zuließe.

P.S.: Vor der Errichtung des Werks in den 50iger Jahren holte der Betreiber sich die notwendige Zustimmung der direkten Anwohner, indem er sie für ein angeblich harmloses Schrottlager unterschreiben ließ. Keine/r konnte ahnen, was dann wirklich am Rande seines Grundstücks entstand. Da halfen dann die empörten Proteste nichts mehr und damals war es unüblich, eine derartige böse Täuschung gerichtlich rückgängig machen zu lassen. Die Versuche bei der Stadt waren nutzlos, denn dort wurde auf die Unterschrift verwiesen. Das Werk liegt ferner an der Weseler Straße schräg gegenüber dem ehemaligen Bürogebäude der Gabelstablerfirma Clark, welches in den 50er Jahren zur Zentrale des Stinnes-Konzerns gehörte. Der Stahlbaron soll seinerzeit vor der Genehmigung des Fallwerks gesagt haben, das Monstrum von Fallturm dulde er nicht vor seiner Nase. Deshalb wurden die Falltürme angeblich nicht an die Weseler Str., sondern ganz hinten auf dem Gelände und damit näher an der Wohnbebauung errichtet. Anders als die Wohnbevölkerung wusste Hugo Stinnes jr. genau, was dort mit „Schrottlager“ vorgesehen war! (Stinnes hatte übrigens damals gerade einen gewissen Dr. Best als Justiziar angestellt, einen der berühmtesten Nazi-Größen und Vordenker, was mit dem Fallwerk zum Glück wohl nichts zu tun hat).

WAZ 15.06.2012: „Bürger: Leben ist unerträglich“



Foto: Lars Fröhlich/WAZ FotoPool

„Höllennärr, bestialischer Krach, Erschütterungen bis in die Beine, unerträgliches Leben – wir befinden uns nicht in einem jener schrecklichen Kriegsgebiete. Es sind die Schilderungen aus dem Gebiet am Mülheimer Hafen, wo fast vor der Haustür der Anwohner gewaltige Mengen von Schrott aus aller Welt täglich angefahren und zertrümmert werden.“

Die Lärmmessungen zum Fall- und Knallwerk Jost an der Weseler Str. sind absolut rekord- und Guinnessbuchverdächtig. Zu keinem anderen Lärmverursacher landesweit hat es derart viele Beschwerden, Messungen, Gutachten und Zeitungsartikel gegeben wie zu diesem städtebaulichen Riesenfehler, und das seit 1958! Gleichzeitig ist die lange Kette von Schönrechnereien durch diverse Behörden von Stadt und Land nicht nur einmalig lang, sondern auch höchst menschenverachtend. So rechnete das damalige Landesumweltamt Ende der 90iger folgendermaßen: 1.) Der Impulslärm der Falltürme wurde auf den Dauerlärmpegel gerechnet, obwohl gesetzlich längst anders geregelt. 2.) Das Werk erhielt eine Genehmigung von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends. Da es nur von 7 bis 7 arbeitete, zumindest für die Behörde, wurden die Lärmwerte von 12 auf 15 Stunden hochgerechnet 3.) Die Wohngebiete an der Hofacker- und Eltener Straße wurden als Mischgebiete genommen, womit der zulässige Höchstwert von 55 auf 59 dbA erhöht wurde. Und weil das alles nicht reichte, um die realen Messungen auf Dauerpegel von unter 60 dbA zu berechnen, subtrahierte die Behörde noch einmal 5 dbA wegen „Messungenauigkeit“

Skandalös!!! Mit solchen Methoden kann man einer Mutter eines Neugeborenen auch beweisen, dass sie sowieso noch Jungfrau ist, gell!

WAZ 11.07.2012 Trickst Behörde mit alten Zahlen?

<http://www.derwesten.de/staedte/muelheim/trickst-behoerde-mit-alten-zahlen-id6867825.html>



Winfried Wenzek und Horst Buchmüller in ihren Gärten an der Hofackerstraße. Foto: Fabian Strauch

Mülheim. Jeden Tag das gleiche traurige Erlebnis. Jeden Morgen stehen Lastwagen vollgepackt mit Metall vor den Toren der Schrottverarbeitung am Hafen. Zehn, zwölf, manchmal noch mehr Schlepper sind es. Die Anwohner rund um die Weseler Straße wissen dann: Es wird wieder ein lauter Tag, es wird wieder stundenlange Erschütterungen geben. Ein Ende der Belastung jenes [Wohngebietes Hofackerstraße](#) ist nicht in Sicht.

Die Regierungspräsidentin in [Düsseldorf](#), Anne Lütkes, teilt den Anwohnern in einem Schreiben mit, dass die gesetzlichen Grundlagen zum jetzigen Zeitpunkt der Bezirksregierung „keine Handlungsmöglichkeiten“ geben. Zum [Lärm](#) verweist sie auf „eine Vielzahl von Messungen“, die belegten, dass die Belastungen sich im gesetzlich zulässigen Rahmen bewegten. „Damit gibt es auch keine rechtliche Grundlage, ein Lärmgutachten von den Anlagenbetreibern einzufordern“. Und was die Luft angehe, so Lütkes, halte sie lediglich aus Gründen des vorsorgendes Bodenschutzes eine deutliche Reduzierung der Luftbelastungen mit Schwermetallen für erforderlich.

Für die Bürger ist das hart. [Wie berichtet](#), liegen die Werte für Nickel, für Chrom und andere Schwermetalle zum Teil deutlich über den „Prüfwerten“. Von Grenzwerten spricht die Behörde nicht mehr, was in den Augen der Bürger einer weiteren Verharmlosung gleich kommt.

Erboste Bürger

Empört reagieren Horst Buchmüller und Winfried Wenzek beim Lärm: Sie werfen der Regierungspräsidentin Trickserei vor: „Sie verweisen auf die zahlreichen Messungen. Die letzte Messung liegt 14 Jahre zurück.“ Uraltmessungen stammten gar aus dem Jahr 1968. Für die Bürger ist das unlauter, damit heute noch zu agieren. Die Bezirksregierung indes erklärt: „Die letzte überschlägige Lärmmessung im Rahmen der Überwachung fand im Jahr 2011 statt.“

Eine „illegal betriebene Hochleistungsschrottschere“, die erst 2007 installiert wurde, hat aus Sicht der Anwohner für deutlich mehr Lärm gesorgt. Buchmüller: „Wir haben die Aufsichtsbehörden mehrfach darauf hingewiesen, dass die alten Lärmmessungen nicht der Realität entsprechen.“ Außerdem sei die Auswertung der Messungen „in massiver Weise zu Ungunsten der Anwohner“ erfolgt. Diesen Kampf führen die Anwohner seit Jahrzehnten. Nie sei es gelungen, dass sich eine der Behörden hinter die Menschen vor Ort stellte, bedauert die Initiative, die in Mülheim vor allen von den Grünen, den [Mülheimer Bürgerinitiativen](#) und der Bürgermeisterin Renate aus der Beek (SPD) Rückendeckung erhält. Sie wundere sich, so die Bürgermeisterin kürzlich, wie lange Menschen solche [Belastungen aushalten können](#).

Vorrang hat die menschliche Gesundheit

In ihrer Not haben sich die Anwohner nun auch an den Bundesumweltminister gewandt und auf die hohen Immissionsbelastungen in Speldorf hingewiesen. Der antwortete kurzfristig und weist zur Genehmigung von Schrott verarbeitenden Betrieben auf die Gesetzeslage hin: „Danach dürfen keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden.“ Dazu gehörten Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen. Vorrang habe die menschliche Gesundheit. In Speldorf erleben die Menschen anderes.

Sie fühlen sich massiv gefährdet und sehen sich bei all den Prüf- oder Grenzwerten hinten angestellt. Müssen sie weiter warten und hoffen? Der WAZ liegt ein Schreiben der Anwohner vor, in dem sie die Lärm- und Rauchbelästigungen als unerträglich und gesundheitsschädlich kritisierten. Das Schreiben ging an den Oberstadtdirektor von Mülheim. Es stammt vom 22. September 1971.

Das sagt die Bezirksregierung:

Die letzte kontinuierliche Lärmmessung mit entsprechenden Messstationen an den Wohnorten der Beschwerdeführer fand Ende 2004 statt. 2011 wurde den Beschwerdeführern das Angebot gemacht, eine aufzeichnende Schallmessstation aufzustellen. Das wurde abgelehnt.

Die Anwohner bezweifeln das und kritisieren alte Berechnungen u.a. weil: „Wir wurden stets als Mischgebiet und nicht als Wohngebiet berechnet.“
Andreas Heinrich